

## BERLIN AKTUELL

### Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 270 – 3. März 2023

## Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

heute endet die vierte Sitzungswoche im Jahr 2023. Der Jahresfehlstart der Ampel setzt sich weiter fort. Weiterhin kommt die Bundesregierung aufgrund interner Streitigkeiten bei vielen ihrer Vorhaben nicht voran. Das schlägt sich auch in der Tagesordnung des Deutschen Bundestages nieder. In dieser Woche hat die Bundesregierung gerade einmal neun Initiativen eingebracht. Darunter zwei Einbringungen zur Verlängerung von Bundeswehrmandaten, drei Gesetzentwürfe zur Umsetzung von EU-Vorgaben und eine Unterrichtung zur Zukunftsstrategie Forschung und Innovation. Substantielle Gesetzentwürfe zu den großen Ankündigungen der Ampel sucht man weiterhin vergebens. Das sogenannte "Rentenpaket II" wird beispielsweise seit einem Jahr angekündigt. Bis heute liegt kein Vorschlag auf dem Tisch. Die von Verkehrsminister Wissing angekündigte Planungsbeschleunigung beim Bau von Autobahnen, Schienen und Wasserstraßen scheitert am Widerstand der Grünen gegen den Neubau von Straßen. Der Prozess zur Entwicklung einer Nationalen Sicherheitsstrategie steckt im Streit zwischen den Ampelpartnern um Zuständigkeiten fest. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Das alles zeigt: Die selbsternannte Fortschrittskoalition wurde zur Schnecke und die haben bekanntlich eine kurze Lebensdauer.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

## Ein Jahr Zeitenwende: Viel gesagt, wenig getan

Ein Jahr ist seit dem russischen Überfall auf die Ukraine und der „Zeitenwende“-Rede des Bundeskanzlers vergangen. Die entscheidenden Weichenstellungen für die Zeitenwende sucht man jedoch weiterhin vergebens. Dies hat Unionsfraktionschef Friedrich Merz in seiner Antwort auf die Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am gestrigen Donnerstag deutlich gemacht.

Zum Video der Merzrede: [https://www.youtube.com/watch?v=5Zu0-](https://www.youtube.com/watch?v=5Zu0-rjBd_k&embeds_euri=https%3A%2F%2Fexpress.adobe.com%2F&feature=emb_logo)

[rjBd\\_k&embeds\\_euri=https%3A%2F%2Fexpress.adobe.com%2F&feature=emb\\_logo](https://www.youtube.com/watch?v=5Zu0-rjBd_k&embeds_euri=https%3A%2F%2Fexpress.adobe.com%2F&feature=emb_logo)

Seit einem Jahr erleben wir vielmehr einen Bundeskanzler, der bei der Unterstützung der Ukraine zögert und zaudert und eine Ampel, die im Dauerstreit liegt. Unsere NATO-Partner gehen offen auf Distanz zur Politik der Bundesregierung. Exemplarisch steht hierfür die Diskussion um Waffenlieferungen aus Deutschland an die Ukraine, die der Bundeskanzler erst nach öffentlichem Druck durch andere NATO-Staaten wie den USA oder Frankreich veranlasste. Jüngstes Beispiel ist die Lieferung der modernen Kampfpanzer des Typs Leopard-2.

Das gleiche Bild sehen wir bei der Ausstattung der Bundeswehr. Von den 100 Milliarden Euro ist bislang nur ein Bruchteil bei der Truppe angekommen. Für die notwendigen Reformen im Beschaffungswesen liegen noch nicht einmal Vorschläge auf dem Tisch. Das von Bundeskanzler Scholz ausgerufenen Ziel, künftig jedes Jahr mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung zu investieren, ist ebenfalls in weite Ferne gerückt. Im laufenden Haushaltsjahr hat die Bundesregierung die Ausgaben für die Bundeswehr gar gekürzt. Angesichts dieser Entwicklung ist es eine Unverfrorenheit, dass der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung die Einhaltung des 2-Prozent-Ziels weiterhin bekräftigt.

Diese Äußerungen zeigen jedoch einmal mehr: Der Bundeskanzler fährt in der Außen- und Sicherheitspolitik einen Zickzackkurs. Er lässt sowohl die eigene Bevölkerung als auch unsere Partner im Unklaren, welche Position er in dieser Krise vertritt. Das ist verantwortungslos und angesichts der russischen Aggression gefährlich.

## **Anreize statt Verbote**

### **Heizungspläne von Bundeswirtschaftsminister Habeck stoßen auf massive Kritik**

In dieser Woche wurden Pläne bekannt, wonach Wirtschaftsminister Robert Habeck Heizungen mit Öl und Gas ab dem nächsten Jahr verbieten möchte. An diesem Vorschlag zeigt sich die Realitätsferne und der Verbotswahn der Grünen. In einer Zeit, in der bei vielen Menschen aufgrund der Inflation ohnehin große Unsicherheit herrscht, fällt dem Bundeswirtschaftsminister nichts Besseres ein als mit Bevormundungen weitere Angst zu schüren.

Der Gesetzentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums sieht ein Verbot für den Einbau neuer Öl- und Gasheizungen ab 2024 vor. Ein Komplettverbot soll 2045 folgen. Die Umsetzung dieses Vorschlags ist in der vorgesehenen Zeitspanne völlig unrealistisch. Für den Einbau alternativer Heizungen wie Wärmepumpen oder Fernwärmeanlagen fehlt es an der nötigen Technik, den erforderlichen Leitungen und ausreichend Handwerkern.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass sowohl Eigentümer- und Handwerksverbände als auch die Stadtwerke massive Kritik am Vorschlag Habecks üben. Als größte Oppositionsfraktion werden wir alles dafür tun, um diesen Unsinn zu verhindern. Wir setzen auf Anreize statt Verbote. Wir fordern vom Bundeswirtschaftsminister, dass er wieder eine adäquate Förderung für klimafreundliches Bauen aufbaut anstatt die Menschen mit Verboten zu gängeln.

## **Austausch mit Friedrich Merz**

In dieser Woche hat uns Friedrich Merz als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Sitzung der rheinland-pfälzischen Landesgruppe besucht. Wir haben uns zu tagespolitischen Themen wie Migration und Energiekrise ausgetauscht. Vielen Dank für das gute und konstruktive Gespräch!

## **Besuch in Indien**

Als PGF (Parlamentarischer Geschäftsführer) bin ich vor zwei Wochen mit meinen PGF-Kollegen aus der Unionsfraktion nach Indien gereist. Im kommenden Jahr wird Indien China als bevölkerungsreichste Nation der Welt ablösen. Schon heute ist Indien die größte Demokratie der Welt. Die Bedeutung Indiens kann in keiner Weise unterschätzt werden. Das Land ist mehr denn je ein unverzichtbarer strategischer Partner für Deutschland. Das gilt ganz besonders für die Verteidigung gemeinsamer freiheitlicher, demokratischer und sicherheitspolitischer Interessen. Indien ist heute ein unverzichtbares Gegengewicht zu China in der Region und damit ein Garant für Stabilität. Das betrifft aber auch viele Felder, die konkrete Auswirkungen auf unser Leben in Deutschland haben wie die Fachkräftegewinnung oder die Versorgung mit Medikamenten. Die Zusammenarbeit ist für beide Länder eine Win-Win-Situation.

Die Reise hat uns nach Delhi und Bangalore geführt. In Delhi dominierten politische Gespräche mit Abgeordneten unterschiedlicher Parteien im Ober- und Unterhaus sowie mit verschiedenen Kabinettsmitgliedern wie dem Handels- sowie dem Jugendminister die Tagesordnung. In Bangalore bestimmten wirtschaftliche Themen das Geschehen. Bei der Deutsch-Indischen-Handelskammer sowie den dort tätigen deutschen Unternehmen Continental und Mercedes-Benz haben wir uns über Chancen und Risiken des indischen Marktes informiert. Beim Besuch des indischen IT-Riesen INFOSYS wurde deutlich, warum das Land in diesem Feld eine führende Position innehat und was Deutschland für die eigene Digitalisierung lernen könnte. Es wurde aber auch genau darauf geschaut, wie Deutschland den Indern helfen kann. Die deutsche GIZ schilderte vor Ort, wie deutsches Knowhow bei der Bewältigung von Alltagsherausforderungen wie der Müllbewältigung unterstützt. Schließlich gehörte zum Programm auch eine Gastvorlesung an der Christ University Bengaluru mit anschließender Diskussion mit Studenten und Hochschullehrern.

## **Neueröffnung Wahlkreisbüro in Wittlich**

Mit meinen beiden Landtagskollegen Dennis Junk MdL und Karina Wächter MdL werde ich am verkaufsoffenen Sonntag (5. März 2023) unser gemeinsames Bürgerbüro in der Wittlicher Innenstadt eröffnen.

Sie sind herzlich eingeladen, an der Eröffnung teilzunehmen und mit uns über das tagespolitische Geschehen ins Gespräch zu kommen. Das neue Bürgerbüro befindet sich direkt am Platz an der Lieser in Wittlich (Feldstraße 17). Von 13 bis 17 Uhr können Sie vorbeikommen.

Impressum gem. § 5 TMG :  
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
Patrick Schnieder MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227 71884  
E-Mail: [patrick.schnieder@bundestag.de](mailto:patrick.schnieder@bundestag.de)